

Spätsommer 2014

# 2

# *Alerta Südthüringen*

Infoheft für antifaschistische Kritik und Aktion aus Südthüringen



## **Schwerpunkt: Wahlen**

Wahlauswertung zu Kommunal- und Europawahl ... S. 5

Warum überhaupt wählen und wen wählt die autonome Antifa? ... S. 7

Zwei Rechtsparteien drängen in den Landtag ... S. 11

## **Außerdem im Heft:**

Shortnews zum alltäglichen Wahnsinn ... S. 3

Nazis mobilisieren gegen Flüchtlingsunterkunft in Suhl ... S. 13

Südthüringer Beteiligung bei Erfurter Querfront ... S. 15

Gefängnis begehrt »Tag der offenen Tür« ... S. 18

Aktuelles vom völkischen Monatsblatt aus Arnstadt ... S. 20

# EDITORIAL

**A**UF IN DIE ZWEITE RUNDE! In euren Händen haltet bzw. im Internet lest ihr die zweite Ausgabe der Alerta Südthüringen. Diesmal in Farbe. In der Rubrik »Was ist los in Südthüringen?« haben wir wieder einige Neuigkeiten und Absurditäten aus der Region für euch ausgewählt.

Den Schwerpunkt unserer Ausgabe bilden mal wieder anstehende Wahlen. Die Frage, wie sinnvoll es ist, den Weg zur Wahlurne anzutreten, beschäftigte auch die Redaktion. Vor allem da aus antifaschistischer Perspektive bei der kommenden Landtagswahl der Einzug zweier Rechtsparteien, nämlich NPD und AfD, zu befürchten ist. Unseren bisherigen Diskussionsstand zum Thema haben wir für euch festgehalten.

Keine Wahl mehr hatten die Menschen, die in den letzten Monaten v. a. aus Eritrea geflohen sind und im neuen Flüchtlingsheim auf dem Suhler Friedberg unterbracht wurden. Ihnen schlägt der Hass deutscher Neonazis entgegen. Die Lage in Suhl spitzt sich dabei unentwegt zu. Eine Momentaufnahme findet ihr in dieser Ausgabe.

Außerdem thematisieren wir in dieser Ausgabe die Südthüringer Aktivisten, die sich an den neuen Montagsdemos beteiligen und eine Allianz mehr oder weniger offen dem Wahnsinn verfallener Antisemiten bilden. Eher mehr als weniger offen dem Wahnsinn verfallen sind auch die Herausgeber des Arnstädter Stadtecho, deren neueste Ergüsse wir kritisch würdigen. Der eher ganz normale Wahnsinn spielte sich vor einigen Wochen im neuen Arnstädter Jugendknast ab. Dort öffneten die Betreiber zum »Tag der offenen Tür« die Pforten. Über all dies lest ihr in unserer Ausgabe. Ihr seht, anders als beim Urnengang am 14. September, habt ihr hier eine tatsächliche Wahl zwischen verschiedenen spannenden Themen.

Darüber hinaus gilt wie immer der Appell: Bringt euch ein, schreibt selbst oder schlägt Themen vor. Die nächste Ausgabe soll noch vor Weihnachten erscheinen. Meldet euch, wenn ihr mögt.

Mit antifaschistischen Grüßen,  
eure Redaktion der Alerta Südthüringen

So erreicht ihr uns:

Alerta Südthüringen

Infoladen Arnstadt  
Plauesche Str. 20  
99310 Arnstadt

antifa-sth@riseup.net  
<http://agst.afaction.info>

# WAS IST LOS IN SÜDTHÜRINGEN?

*Schmalkalden: Scheibe von Geschäftsstelle der Linkspartei eingeschlagen*

**I**MMER WIEDER werden auch in Südthüringen Geschäftsstellen der Linkspartei entglast. So auch in der Nacht zum 17. Mai als Unbekannte mit mehreren Pflastersteinen die Scheiben des Büros der örtlichen Linkspartei in Schmalkalden eingeschlagen haben. Die Schmalkalder Linkspartei spricht von einer ganzen Serie von Angriffen auf ihre Einrichtungen und Werbemittel im Altkreis Schmalkalden. Der Verdacht, dass es sich bei den Tätern um Neonazis handelt, liegt nahe.

*Suhl: Polizei löst Naziparty auf*

**L**AUTE MUSIK und »Heil Hitler«-Rufe aus einer Suhler Garage in der Karl-Marx-Straße scheuchten in der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni die Polizei auf. Die Ordnungshüter lösten die Party auf, stellten 20 CDs mit Nazi-Reden und -Musik sicher und beschlagnahmten einen USB-Stick. Gegen einen 20-jährigen und seine Freunde wird nun wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ermittelt.

*Schmalkalden: Flüchtlingsunterkunft im Ortsteil Walperloh*

**A**NFANG APRIL berief Bürgermeister Kaminski eine Bürgerversammlung im Ortsteil Walperloh ein, um die dortige Bevölkerung über eine geplante Flüchtlingsunterkunft zu informieren. Für die Anwohner stellt eine Flüchtlingsunterkunft im Ortsteil wohl einige Probleme dar. An der Veranstaltung nahmen, neben einigen Neonazis, auch jede Menge Anwohner teil, die kommende Probleme in den »kulturellen Unterschieden« sehen. Befeuert wurde die ganze Hetze durch den rassistischen Jargon in der Lokalpresse.

*Sonneberg: Thüringer NPD-Chef wegen Volksverhetzung verurteilt*

**A**M 18. Mai 2013 trat der Chef der Thüringer NPD, Spitzenkandidat zur diesjährigen Landtagswahl und verurteilte Bombenleger Patrick Wieschke aus Eisenach auf einer NPD-Demonstration in Sonneberg als Redner auf und hetzte dort v. a. gegen Sinti und Roma, die er als »kriminelle arbeitsscheue Elemente« bezeichnete. Ein gutes Jahr später, nämlich am 2. Juni folgte das juristische Nachspiel. Wieschke wurde vom Amtsgericht Sonneberg wegen Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe von drei Monaten verurteilt, die zur Bewährung ausgesetzt ist, sowie zu einer Geldauflage in Höhe von 500 €. Ob Wieschke gegen das Urteil in Revision geht, ist uns nicht bekannt.



*Volksverhetzer Patrick Wieschke am 16. Februar 2013 in Kirchheim beim NPD-Landesparteitag*

*Kirchheim: Immer wieder Naziveranstaltungen*

**I**N DER ERLEBNISSCHEUNE in Kirchheim, welche mittlerweile »Veranstaltungszentrum Erfurter Kreuz« heißt, fand im Mai ein größeres Nazikonzert statt. Dabei wurden Gelder für Neonazis gesammelt, welche in Ballstädt eine Kirmesgesellschaft überfielen und sich in Zukunft vor Gericht wiederfinden werden. Nur eine Woche später richtete die »Gesellschaft für freie Publizistik« ihren Jahreskongress in Kirchheim unter dem Titel »Mißbrauchte Geschichte – Deutschland ewig am Pranger?« aus.

*Truckenthal: MLPD-Festival im Querfront-Sumpf*

**A**M DIESJÄHRIGEN Pfingstwochenende fand in Truckenthal bei Eisfeld das Musikfestival des MLPD-Jugendverbandes Rebell statt. Als einen der Hauptacts hatte man sich die antisemitische Band »Die Bandbreite« eingeladen. Die Kapelle wird wegen ihrer Verschwörungstheorien, z. B. über die vermeintliche zionistische Weltverschwörung oder die »Theorie«, die USA hätten die Terroranschläge vom 11. September 2001 in New York selber inszeniert sowie wegen ihres Deutschlandstolz schon lange bei Nazis gefeiert. Nach Kritik von Antifaschisten ließ sich die Band von den Organisatoren aus dem Line-up streichen – jedoch nicht wegen der antisemitischen und nationalistischen Inhalte. Vor solchen »ungerechtfertigte[n] Angriffe[n] aus dem antideutschen Spektrum« nehmen die Organisatoren die Band sogar ausdrücklich in Schutz. Der Grund, warum die Bandbreite eingeladen wurde, liegt in deren Beteiligung an der Montagsquerfront, über die in dieser Ausgabe berichtet wird. Dass man es bei der MLPD-Jugend dann doch nicht so ernst sah mit der Absage an die Montagsquerfront zeigt die Einladung eines weiteren Acts: Prinz Chaos II. trat ebenso wie die Bandbreite schon auf Montagsdemos auf.

*Kaufbeuren: Meininger Neonazi wegen Totschlags verurteilt*

**I**M JULI DIESEN JAHRES jährte sich die Tötung eines Spätaussiedlers aus Kasachstan durch einen Meininger Neonazi zum ersten Mal. Der 34-jährige Mann und zweifache Vater wurde am Rande des Kaufbeurer Tänzelfestes in der Nacht vom 17. auf den 18. Juli 2013 aus einer Gruppe stark alkoholierter Thüringer ausländergefährlich beleidigt und durch einen schweren Schlag tödlich verletzt. Er starb an einer schweren Hirnverletzung, die ihm Falk Hildebrandt, ein zur Tatzeit 36-jähriger Neonazi aus Meinungen, zugefügt hatte. Hildebrandt ist wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen vorbestraft, weil er auf einem Volksfest »Heil Hitler« rief und den Hitler-Gruß

zeigte. Im Prozess spielte der rassistische Hintergrund der Tat keine Rolle, weil die Staatsanwaltschaft kein rassistisches Motiv erkennen wollte. Hildebrandt wurde zu elf Jahren Haft verurteilt.

Anzeige

## Rote Hilfe Südthüringen



**Werde Mitglied!  
Solidarität ist eine Waffe!**

[www.suedthueringen.rote-hilfe.de](http://www.suedthueringen.rote-hilfe.de)

*Hildburghausen: Rechtsrock-Event nach Südthüringen geholt*

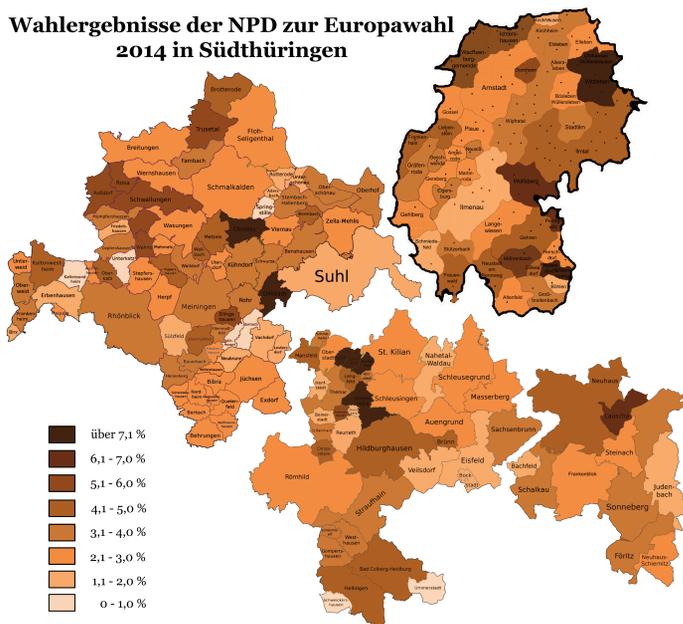
**A**M 23. AUGUST planen Tommy Frenck vom »Bündnis-Zukunft-Hildburghausen« (BZH) und der oberfränkische Nazi Patrick Schröder gemeinsam ein Rechtsrock-Openair in Hildburghausen. Nachdem Schröder mehrmals im bayrischen Scheinfeld gescheitert ist und eine Anmeldung für das Nazikonzert Anfang August zurückzog, richtet er sich nun mittels der Unterstützung durch Südthüringer Nazis nach Hildburghausen aus. Vom Liedermacher bis zur NS-Hardcore Band werden Acts vertreten sein, sowie verschiedene Redner aus NPD und den Kameradschaften.

# NACH DER WAHL IST VOR DER WAHL

## EINE BETRACHTUNG DER LETZTEN WAHLERGEBNISSE VON RECHTS-PARTEIEN IN SÜDTHÜRINGEN ZUR KOMMUNAL- UND EUROPAWAHL

**B**EI DEN VERGANGENEN WAHLEN im Frühjahr 2014 traten auf der kommunalen Ebene sowie zur Wahl des Europaparlamentes neonazistische und profaschistische Parteien in Thüringen an. Im Hinblick auf die kommende Landtagswahl in Thüringen, bei der sich NPD und AfD Chancen für den Einzug in den Landtag ausrechnen, zeigen sich NPD-Nazi Wieschke und der Spitzenkandidat der profaschistischen AfD, Björn Höcke, siegessicher.

**Wahlergebnisse der NPD zur Europawahl 2014 in Südthüringen**



### *Ilm-Kreis*

**B**EI DEN KOMMUNALWAHLEN im Ilm-Kreis schaffte es die Arnstädter Wählergemeinschaft »Pro Arnstadt« wieder die stärkste Kraft im Stadtrat zu werden. Zwar stellen sie nicht, wie viele Jahre zuvor, den Bürgermeister, haben mit insgesamt acht Vertretern im Stadtrat aber eine sehr gute Position weiterhin mitzuwirken. Ebenfalls zogen drei Mitglieder von »Pro Arnstadt« auf der Liste der Freien Wähler in den Kreistag ein. Unter ihnen befindet sich auch Hans-Christian Köllmer, welcher in seiner Regentschaft als Arnstädter Bürgermeister von

1994–2012 für einige Skandale sorgte und für seine antikommunistischen Äußerungen bekannt war.<sup>1</sup>

Auf kommunaler Ebene nicht vertreten, jedoch bei der Europawahl angetreten, holte die AfD im Ilm-Kreis 9,8 Prozent bei der Europawahl. In Arnstadt schaffte es die AfD sogar auf 13,3 Prozent, was wohl auch mit der jahrelangen Arbeit von »Pro Arnstadt« zusammenhängt, wenn es darum geht chauvinistischen Parteien wie der AfD den Weg zu bereiten. Insgesamt erreichten andere neonazistische Parteien im Ilm-Kreis rund 3,5 Prozent, wobei die NPD mit 2,8 Prozent am besten abschnitt.

<sup>1</sup><http://agst.afaction.info/index.php?menu=news&aid=378>

## Schmalkalden-Meiningen

**I**N MEININGEN schaffte es der Autonome Nationalist in der NPD, Sven Dietsch, tatsächlich in den Meininger Stadtrat. 3,2 Prozent hatten Dietsch gereicht, um in den Stadtrat einziehen zu können. Im Landkreis war dies der einzige Erfolg für die NPD. Die Strukturen in Schmalkalden, welche die NPD noch vor ein paar Jahren vom »Thüringer Hof« ausgehend organisierte, treten nicht mehr großartig in Aktion. Ungeachtet dessen schaffte es die NPD in Schmalkalden-Meiningen 3 Prozent bei der Europawahl zu erreichen. Die AfD schaffte es in Schmalkalden-Meiningen auf 6,7 Prozent.

## Hildburghausen

**A**UF KOMMUNALER EBENE trat das »Bündnis-Zukunft-Hildburghausen« (BZH), unter Führung von Tommy Frenck, an. Mit insgesamt 39 Kandidaten waren die Nazis vertreten. Davon kandidierten 23 für den Kreistag und 16 für Stadt- und Gemeinderäte. Am Ende schafften es nur zwei der 39 Kandidaten einen Sitz zu erlangen. Tobias Scheidling zog mit 4,1 Prozent in den Stadtrat von Hildburghausen ein und Tommy

Frenck mit 3,4 Prozent in den Kreistag. Während der Wahlkampf auf kommunaler Ebene für die eigene Partei geführt wurde, mobilisierte das BZH für die Europawahl für die NPD. Diese erreichte im Landkreis Hildburghausen rund 2,8 Prozent.

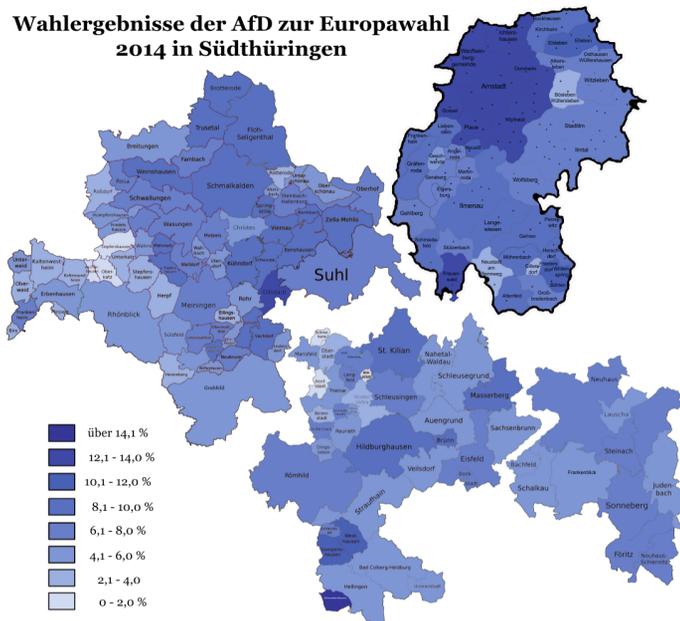
Für die AfD reichte es im Landkreis für 6,6 Prozent der Stimmen.

## Sonneberg

**S**CHON SEIT JAHREN ist die NPD im Landkreis, um ihren Leithammel Frank Neubert, auf kommunaler Ebene vertreten. Bereits 2009 holte Neubert 4,1 Prozent und zog damit in den Kreistag ein. 2014 konnte er die Prozentzahl auf 4,9 Prozent verbessern und zog neben den Kreistag auch in den Sonneberger Stadtrat ein. Neben Neubert schafften es zwei weitere NPD-Mitglieder Mandate zu erlangen. Uwe-Baz Dölle zog ebenfalls in den Kreistag, sowie in den Stadtrat von Lauscha ein, wo er in der kommenden Legislatur gemeinsam mit Mike Steiner sitzen wird. Des Weiteren holte die NPD im Landkreis 3,6 Prozent bei den Europawahlen.

Die AfD erreichte bei den Europawahlen 6,7 Prozent.

## Wahlergebnisse der AfD zur Europawahl 2014 in Südthüringen



# WIR HABEN KEINE WAHL

**D**EMOKRATIE ist schon was feines. Alle paar Jahre wird das Stimmvieh an die Urnen gebeten und darf dort – mal mehr, mal weniger, aber bitte nicht zu viele – Kreuze machen. Es nimmt dadurch seine höchste staatsbürgerschaftliche Verantwortung wahr und entscheidet, welche Farben das Regierungsbündnis in Europa, der BRD, in Thüringen oder den Kommunen zielt. Wer kann dagegen schon etwas einzuwenden haben? Die Zuschreibung etwas sei demokratisch ist in diesen Breiten die höchste Form der Adeligung. Ein demokratisches Verfahren, die demokratischen Parteien, das demokratische Gemeinwesen – alles prima. Wer nicht mitmacht, dem droht das Stigma der Demokratieverweigerung und schon von weitem hört man die Demokraten grollen, dass, wer nicht gewählt hat, sich gefälligst nicht zu beschweren hat, wenn die Herrschenden nicht in seinem Interesse handeln. In solchem Getöse kommt das stumpfe und im Grunde undemokratische Ressentiment zum Tragen: Veränderung hat gefälligst die Wege durch die Parlamente zu nehmen, die Form (pseudo-)demokratischer Entscheidungsfindung darf nicht überschritten werden.

Am 14. September steht das nächste demokratische Großereignis ins Haus, die Thüringer Landtagswahl.

*Was steht (nicht) zur Wahl?*

**Z**UR WAHL stehen zunächst Parteien bzw. deren Kandidaten. In etwa proportional zur Verteilung der Stimmen setzt sich dann das Parlament zusammen, aus dem heraus eine Regierung gebildet wird. Genauer betrachtet geht es beim Wählen also darum, dass wir beim Regiertwerden mitentscheiden können. Wir wählen also die, die die Regierung oder die (parlamentarische) Opposition bilden oder – je nach Standpunkt – niemanden. Diesen obliegt dann in wesentlichen Entscheidungen Gesetze zu erlassen, in deren Rahmen das gesellschaftliche Leben verwaltet wird. Wir entscheiden also mal direkter, mal indirekter über das herrschende Personal. Worüber wir nicht zu entscheiden haben, ist zunächst die Form bzw. der Rahmen dieses Prozederes. Wir entscheiden nicht darüber, ob wir die herrschende kapitalistische Produktionsweise wollen, ob wir die Produktion für einen anonymen Markt statt für die menschlichen Bedürfnisse wollen, ob wir das System der privaten Lohnarbeit bzw. der kapitalistischen Ausbeutung wollen. Wir wählen bloß Politiker, deren Funktion es ist, Ämter zu besetzen und den Laden am Laufen zu halten. Mit anderen Worten: wir haben eine äußerst marginale Möglichkeit auf das Personal und die Inhalte des Regierungshandelns in den vorgegebenen Bahnen Einfluss zu nehmen, indem wir Politiker wählen, die den Mindestlohn wollen

oder nicht. Der potentiell mögliche Herrschaftskonflikt, also der Konflikt zwischen verschiedenen Ordnungsmodellen, ist unter der bestehenden Demokratie zum Führungskonflikt innerhalb der bestehenden Ordnung degeneriert. Es geht nicht mehr um Sozialismus oder Kapitalismus, sondern um verschiedene Konzepte der Elendsverwaltung innerhalb des letzteren.

Dabei bejaht jede Wahlhandlung schon von vornherein jenen Rahmen, den der Wahlakt und alles, was er auslöst, nicht überschreitet. Er bejaht die herrschende Produktionsweise, wie das ihm zugrunde liegende Prinzip des Eigentums, das Menschen von Dingen ausschließt, die sie zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse brauchen. Er bejaht das Rechtssystem, das Menschen verfolgt, die sich nicht an den Rahmen halten wollen oder können. Die Wahlhandlung verewigt ein menschenfeindliches Ganzes, dessen Produktion nicht den Bedürfnissen der Menschen, sondern der Vermehrung von Tauschwerten gilt. Auf Veränderungen in diesem Rahmen nimmt man in der Wahl Einfluss. Volksentscheidungen bzw. direkte Demokratie, die eine Ebene der Vermittlung des Volkswillens zu überspringen meint, ändert an diesem Problem überhaupt nichts, verweist aber auf ein neues. Wer sagt denn, dass eine gesellschaftliche Mehrheit automatisch eine vernünftige, d. h. aufgeklärte und mündige Entscheidung trifft? Dass etwa die gesellschaftliche Mehrheit der Mei-

nung ist, Deutschland sei in einem gefährlichen Maße überfremdet, wie Studien der Friedrich Ebert Stiftung nahelegen, kann doch bloß für Nazis und andere Rassisten ein Grund sein, direkte Demokratie zu feiern.

### *Demokratie und Mündigkeit*

**D**EMOKRATIE, als Verständigung der Menschen über ihre individuellen und gesellschaftlichen Interessen, macht ohne eine mündige, aufgeklärte Gesellschaft keinen Sinn. Die bestehende Demokratie und ihre in der Breite der Gesellschaft unaufgeklärten Voraussetzungen machen den Wahlakt zu einem Blindflug, weil für die Einzelnen weder in vernünftiger Weise geklärt ist, was ihre wirklichen Interessen sind, noch wie diese Interessen gesellschaftlich wirkmächtig werden können. Die Einzelnen machen sich den gesellschaftlichen Rahmen, innerhalb dessen die Wahlen stattfinden, nicht als solchen bzw. als hergestellten bewusst. Die Notwendigkeit, dass in einer kapitalistischen Gesellschaft Menschen für Geld ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, dass sozial Schwache auf Ewigkeit vom gesellschaftlichen Reichtum ausgeschlossen bleiben und Flüchtlinge an den Grenzen Europas krepieren oder, angekommen in Deutschland, auf soziale Ausgrenzung stoßen, erscheint den meisten Wähler\_innen nicht weiter problematisch. Das ist eben so, verheißt die bürgerliche Kälte und erneuert mit jedem Zweifel das über ihn erhabene Mantra, dass in dieser Gesellschaft ohnehin jeder seines eigenen Glückes Schmied sei. Dass es nicht immer schon so war, dass es so nicht sein muss und dass eine Gesellschaft, die Einzelne zurichtet, dumm macht und erniedrigt, nicht per Wahl affirmiert oder – gut gemeint – reformiert gehört, wäre eine Erkenntnis, die in der Breite Ausgangspunkt von grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen sein könnte. Um die Möglichkeit, dass sich unter den bestehenden Verhältnissen mündige Menschen entwickeln, steht es schlecht. Weder in den Schulen noch in den Universitäten oder den Mainstreammedien wird heute ein kritisches Verhältnis zur kapitalistischen Gesellschaft, ihrer Verwertungslogik und den Modi ihrer Selbstvergewisserungen in

Wahlen und Abstimmungen vermittelt. Alles ist auf die Verwertbarmachung des Einzelnen abgestellt. Kritik und Widerstand finden nur noch in Nischen statt, in der gesellschaftlichen Breite wird kritische Bewusstseinsbildung verunmöglicht und von einer greifbaren gesellschaftlichen Alternative scheint jede Spur verschwunden zu sein.

*Warum wir trotzdem hin und wieder das kleinere Übel oder die sozialere Reformpolitik wählen*

**W**ENN UNS Wahlen nicht weiterbringen im Interesse einer wirklich freien und solidarischen Gesellschaft, sollte man dann an jenem Sonntag nicht einfach im Bett bleiben oder statt den Weg ins Wahllokal anzutreten lieber den Spätsommertag zu einem Ausflug oder zum Lesen nutzen? Sind Wahlen sinnlos? Nicht ganz. Dass es gerade in Thüringen für Antifaschist\_innen doch Sinn machen kann zu wählen, zeigt sich etwa am Potential über das hierzulande NPD und AfD verfügen. Denn selbst wenn Wahlen keine grundlegenden Verbesserungen mit sich bringen, schlechter geht es allemal. Der Landtagseinzug von NPD und AfD könnte zu einer zunehmenden Vergiftung des eh schon grausigen sozialen Klimas für Flüchtlinge und sozial Schwache führen. Jede Stimme, die nicht bei NPD und AfD landet, trägt zur Verhinderung dessen bei.

Weiterhin ist das Argument, dass Wahlen den Rahmen kapitalistischer Vergesellschaftung unangetastet lassen, noch keines gegen geringfügige Verbesserungen, die eine Mehrheit für das eine oder andere Regierungsbündnis bringen kann (z. B. Abschaffung des Verfassungsschutz in Thüringen, Mindestlohn im Bund). Außerdem spielt die Stimmenverteilung bei der Wahl entscheidenden Einfluss bei der Verteilung finanzieller Mittel an Strukturen, die auch radikale Linke nutzen können. So manch netten Film-, Vortrags- und Diskussionsabend in Südthüringen hätte es ohne die Büros etwa der Linkspartei z. B. in Arnstadt nicht gegeben und auch die Projektförderungen der Linkspartei-nahen Rosa Luxemburg Stiftung gäbe es in der Form nicht. Um es kurz zu machen:

Es wäre abwegig aus einer Position der Schwäche heraus zu argumentieren, dass wir die klei-

nen Verbesserungen und Möglichkeiten (Zugriff auf Strukturen von linken Parteien, Mindestlohn, staatliche Anti-Nazi-Programme, früherer Renteneintritt, humaner Umgang mit Geflüchteten etc.) ablehnen, weil wir das große Ganze kippen wollen. Wer so argumentiert, rationalisiert seine eigene Unmenschlichkeit. Ebenso abzulehnen ist aber eine Position, die das große Ganze der kleinen Verbesserungen wegen aus dem Auge verliert, eine Position, die nicht mehr sieht, dass es die kapitalistische Dynamik ist, die die kleinen Verbesserungen ganz schnell wieder kassiert und die Garant dafür ist, dass es den meisten Menschen auf der Welt ziemlich dreckig geht.



*Ganz so einfach ist die Frage mit der Wahl doch nicht zu beantworten*

Wir geben hier also keine Wahlempfehlung ab, sondern schlagen einen pragmatischen Umgang mit Wahlen vor. Wer wählen gehen möchte, soll das tun. Wer aber dieses Kreuz zum Gipfel der freiheitlichen und demokratischen Willensbildung erhebt, wer glaubt die Wahl brächte grundlegende Verbesserungen in Gang, der oder die – so meinen wir – irrt sich. Andersherum ist es mit dem Nichtwählen genauso. Wer meint, durch seine Wahlverweigerung hätte man es den Herrschenden mal so richtig gezeigt, macht sich lächerlich. Das Nein zur herrschenden Ordnung wird erst als organisiertes und aufgeklärtes zu einem Faktor, der an jener Ordnung sagt.

*Zum Verhältnis von Demokratie und Faschismus*

Die herrschende Form der Demokratie ist von der Herausbildung sogenannter Volksparteien geprägt. Deren einschlägiges Merkmal ist es, den grundlegenden gesellschaftlichen Antagonismus, nämlich den unauflösbaren Konflikt zwischen Kapital und Arbeit dauerhaft zu befrieden. Die Volksparteien lösen den gesellschaftlichen Antagonismus zwischen jenen, die über die Produktionsmittel verfügen und jenen, die nichts als ihre Arbeitskraft verkaufen können, in einen Pluralismus von Meinungen und Interessen auf. Aus Herrschaftskonflikten zwischen gesellschaftlichen Ordnungsansätzen werden Führungskonflikte innerhalb der bestehenden Herrschaftsordnung. Diese Verkürzung des Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit auf den Pluralismus affirmativer Interessenlagen nennt Johannes Agnoli das technisch-politische Kernstück des sozialen Friedens, also der Stillstellung sozialer Konflikte. Im pluralen Parteiensystem sind die politischen Parteien keine Umschlagstellen des gesellschaftlichen Kampfes um die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum, sondern gehen programmatisch dazu über, allgemeine Interessen zu bekunden, die es konkret nicht gibt. Sie geben zumeist den Anspruch auf, das Interesse konkreter Gruppen oder gar klassengebundene Interessen zu vertreten und werden so zu allgemeinen Ausgleichsstellen bzw. Ordnungsparteien, die sich zunehmend verselbständigen und in denen sich hierarchische Strukturen verfestigen. Das bedeutet, auch in linken Parteien bilden sich tendenziell Führungsschichten heraus, denen der Erhalt der herrschenden Ordnung zu einem materiellen Interesse wird und die nach und nach an der Herrschaft beteiligt werden.

Solche Parteiorganisationen, die keine Klassen mehr kennen, sondern nur noch »Menschen«, keine Ideen mehr, sondern bloß noch Sachen und ihre Sachzwänge, bereiten den Übergang in die Technokratie vor. Wenn es um grundlegende gesellschaftliche Transformationen geht, sind die Volksparteien, die sich wechselseitig bekämpfen, aber in Fragen der Machtausübung eine symbiotische Einheit bilden, austauschbar. Jenen Volksparteien attestiert Agnoli treffend, sie seien,

was ihre Funktion angeht, die plurale Fassung der Einheitspartei – allerdings nicht der marxistischen, die ganz offen den Totalitätsanspruch der Proletarierklasse erhoben, sondern der faschistischen. Volkspartei und faschistische Einheitspartei verbindet beispielsweise, dass mit der Partei das Ganze identifiziert wird, dass in ihr ein parteiinterner Ausgleich von parteiexternen Interessen- und Gruppenkonflikten stattfindet und dass sie einen »Interklassismus« anstreben. Mit anderen Worten: Beide forcieren die Auflösung der Polarität von Kapital und Arbeit; wollen eine Gemeinschaft, in der die Einzelnen zwar der gleichen sittlichen Verpflichtung unterliegen, jedoch ungleichen materiellen Anteil an wirtschaftlicher und politischer Macht erhalten. Volkspartei wie faschistische Einheitspartei sind weitgehend mit dem Staat identisch und können sich auf ein Staatsvolk verlassen, das ihnen autoritätshörig durch alle Krisen folgt, das soziale Konflikte nicht mehr zwischen Klassen und um Produktionsverhältnisse kennt, sondern zwischen Inländern und Ausländern und um die besten Plätze an den künstlich knapp gehaltenen Fresströgen. In solcher Weise ist es denkbar, dass die herrschende Form der Demokratie den Faschis-

mus insofern unmöglich macht, als dass sie ihn den Parlamentarismus integriert und zur totalitären Demokratie vegetiert; einer Herrschaftsform, die sich gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung kaum noch mit unmittelbarer Gewalt absichern muss, weil sie sich auf ein Staatsvolk verlassen kann, das jede Zumutung und jedes Gräueltat als notwendiges Mittel zur Aufrechterhaltung der gewollten, aber eben unbewussten Ordnung zu rechtfertigen weiß. Die Menschen fangen, einfach gesprochen, damit an, das zu wollen, was sie sollen, die Anforderungen einer Gesellschaftsordnung, die keiner mehr so wirklich begreift, als eigenes Bedürfnis bzw. Anliegen zu rechtfertigen. Über die Herkunft solcher Bedürfnisse und Anliegen legt man sich keine Rechenschaft mehr ab.

Antifaschistische Kritik muss die Aufklärung über die gesellschaftlichen Verhältnisse vorantreiben und dem Entsetzen über sie standhalten durch die Kraft, selbst das Unbegreifliche noch zu begreifen. Sie muss dazu beitragen, »daß es zur Selbstverständlichkeit wird, nicht nach außen zu schlagen, sondern über sich selbst und die eigene Beziehung zu denen zu reflektieren, gegen die das verstockte Bewußtsein zu wüten pfllegt.« (Adorno)

Dieser Text lässt vermutlich mehr Fragen offen, als er beantwortet. Bestimmte Zusammenhänge werden bloß angedeutet oder behauptet. Wer tiefer in die Materie einsteigen möchte, dem legen wir folgende Literaturempfehlungen ans Herz:

JOHANNES AGNOLI: *Die Transformation der Demokratie & weitere Schriften zur Kritik der Politik.* (erhältlich antiquarisch oder beim Konkret Literatur Verlag)

HERBERT MARCUSE: *Repressive Toleranz.* In: WOLFF, ROBERT PAUL; MOORE, BARRINGTON; MARCUSE, HERBERT: *Kritik der reinen Toleranz.* (antiquarisch erhältlich)

JUNGE LINKE GEGEN KAPITAL UND NATION, FALKEN ERFURT, BASISGRUPPE GESELLSCHAFTSKRITIK SALZBURG: *Nehmt das – Texte zur Kritik an Wahlen und Demokratie.* Erhältlich im Infoladen eures Vertrauens oder online: <https://gegen-kapital-und-nation.org/sites/default/files/NEHMT%20DAS.pdf>

*Straßen aus Zucker #7 – mit Texten zu Parlamentarismus, Revolution und der Organisationsfrage.* Erhältlich im Infoladen eures Vertrauens oder online: <http://strassenauszucker.blogspot.de/images/strassenauszucker7.pdf>

## ALLE JAHRE WIEDER: NAZIS WOLLEN IN DEN LANDTAG

**Z**UR KOMMENDEN LANDTAGSWAHL am 14. September wollen gleich zwei Rechtsparteien in den Thüringer Landtag einziehen und beide haben gute Chancen. Die chauvinistische Alternative für Deutschland (AfD) möchte den Rückenwind der Europawahl vom 25. Mai (7,4 Prozent in Thüringen) nutzen, um ins erste deutsche Landesparlament einzuziehen. Der faschistischen NPD fehlten schon 2009 nur 0,7 Prozent zum Einzug. Nach Verstetigung der kommunalen Arbeit, dort wo es sie gibt, in den vergangenen Jahren und den Erfolgen bei den jüngsten Kommunalwahlen rechnet sich die Partei beste Chancen aus.

### *NPD setzt auf Ausländerfeindlichkeit*

**D**IE SPALTUNGERSCHEINUNGEN Ende der 2000er Jahre klingen langsam ab. Der Erfurter Ex-NPD-Spaltpilz Kai-Uwe Trinkaus hat sich als V-Mann entpuppt, was niemanden so wirklich überrascht hat, und auch die Hildburghäuser Abspalter um Tommy Frenck und sein Bündnis Zukunft Hildburghausen (BZH) sind wieder mehr oder weniger offenkundig in die Reihen der NPD zurückgekehrt. Die Thüringer NPD präsentiert sich ge- und entschlossen, kündigte bereits vor Monaten eine Materialschlacht um den Landtag an, will in ganz Thüringen knapp 100 Wahlkampforganisationen organisieren und ist gerade dabei ihre Drohung wahr zu machen. Dafür scheut die Partei keine Kosten, wirbt sogar auf Facebook, um bezahlte Hilfskräfte: »WIR SUCHEN: Plakatierer, Verteiler, Begleiter für unsere Kundgebungstour. Unterbringung, Entschädigung und Fahrtkosten sind selbstverständlich! MELDET EUCH!« Idealismus und Aufopferungsbereitschaft war gestern, heute kauft sich die NPD ihre Claqueure ein. Woher die Partei, die im Bund von einem Skandal in den nächsten schliddert, das Geld nimmt – wir wissen es nicht.

Derzeit verspricht sich die Partei v. a. mit ihrem Lieblingsthema zu punkten: der Hetze gegen Geflüchtete. Das Stoppen der »Asylflut« steht ganz oben auf der Agenda der NPD. Sie nimmt die steigenden Flüchtlingszahlen und neuen Asylbewerberunterkünfte etwa in Suhl zum Anlass, die vorhandene rassistische Grundstruktur in der Gesellschaft zu mobilisieren und zum zentralen Gegenstand der Wahlentscheidung zu machen. Strategisch gesehen ist das im Interesse der NPD sinnvoll. Auch die NPD-Wahlkampfleitung kann die Studien etwa der Friedrich-Ebert-Stiftung

lesen und interpretieren. Daher weiß man in der Führungsetage ziemlich genau, dass, was das Abgreifen von rassistischen Wähler\_innen angeht, die NPD noch ordentlich Potential hat. Die Kommunalwahl hat gezeigt, dass die NPD in Thüringen bereits über ein Stammwählerpotential zwischen zwei und vier Prozent, je nach Gemeinde, verfügt, wenn selbst eine allseits verlachte Witzfigur wie Sven Dietsch in Meiningen 3,2 Prozent holt. Das ist eine Basis mit der sich arbeiten lässt. Zwar soll die NPD laut einer aktuellen Umfrage des MDR von Mitte Juli derzeit thüringenweit bloß bei zwei Prozent liegen – ein Signal für Antifaschist\_innen die Beine hochzulegen, ist das aber keinesfalls. In der Vergangenheit gab es nicht wenige Wahlen, in der Parteien wie die NPD abgeschlagen schienen und in den letzten Wochen und Tagen des Wahlkampfes doch noch die Unentschlossenen und vor allem die Unzufriedenen mobilisiert haben. Das gilt gerade dann, wenn es der Partei gelingen wird, die steigenden Flüchtlingszahlen zum zentralen Wahlkampfthema in Thüringen zu machen und damit die rassistischen Protestwähler an sich zu binden, die die Ausländer nicht wegen einer vermeintlich fremden Kultur fürchten, sondern weil sie sie als Konkurrenz um die knappen Zugänge zum Wohlstand bzw. zum halbwegs erträglichen Auskommen wahrnehmen.

### *AfD will den antieuropäischen Rückenwind zum Einzug in den Landtag nutzen*

**U**M DIE GESCHLOSSENHEIT einer anderen Rechtspartei in Thüringen sieht es nicht so gut aus. Die Thüringer Sektion der Alternative für Deutschland ist stark zerstritten. Im Wesent-

lichen ging es bei diesem Streit nicht um Sachfragen, sondern, wie so oft, um das richtige oder falsche Personal. Da man sich des Sieges bzw. des Landtagseinzuges schon vor Monaten sicher war, schien es bloß noch um die Verteilung der Mandate und Posten zu gehen, was beim Parteitag am 1. Februar diesen Jahres in Arnstadt zum offenen Streit führte, in deren Folge eine ostthüringische AfD-Sektion sogar den Parteitag und die Partei verließ. Beruhigen sollte das aber nicht, denn Parteien wie die AfD werden in der Regel nicht ihren personellen Geschlossenheit oder Konsistenz der inhaltlichen Positionen wegen gewählt, sondern um den aktuell Herrschenden den berüchtigten »Denkzettel« zu verpassen.

Angesichts der Tatsache, dass bei der parteiinternen Auseinandersetzung Personalfragen vor Fragen der inhaltlichen Konzeption standen, überrascht es nicht, dass das Wahlprogramm der AfD schmaler ausfällt als das anderer Parteien. Inhaltlich steht man bei der AfD irgendwo zwischen NPD und CDU: klassisches Familienbild, Law-and-Order, wirtschaftsnah, den alten korrupten CDU-Filz durch den eigenen ersetzen, »Meinungsfreiheit« auch für die Bessergestellten, Zuwanderung nur für Fachkräfte und bei Bedarf und die Asylhürden so hoch, dass Nelson Mandela es in den 60er Jahren schwer gehabt hätte als Flüchtling

anerkannt zu werden.<sup>1</sup> Öffentlichkeitswirksame Schlagzeilen bzw. Aktivitäten überhaupt entlang dieser Eckpunkte gelingen der AfD in Thüringen – von ihren regionalen Stammtischen und den Großkundgebungen mit den Leithammeln abgesehen – nicht im selben Maße wie etwa der NPD. Dass der Euro in Thüringen nicht sinnvoll zu bekämpfen ist, könnte der Partei noch zu schaffen machen.

Derzeit soll die AfD, laut Umfrage des MDR, bei etwa vier Prozent, also dicht an der Fünfprozenthürde liegen. Die Hoffnungen, dass sich NPD und AfD gegenseitig Stimmen streitig machen, wie etwa früher NPD und DVU, müssen wir enttäuschen. Die Wahlergebnisse der Bundestagswahl 2013 und der Europawahl vor wenigen Monaten belegen deutlich, dass die Zustimmungswerte der NPD unter dem Erstarken der AfD in Thüringen nicht nennenswert gelitten haben. Auch wenn die Parteien große inhaltliche Schnittmengen aufweisen, sprechen sie doch ein unterschiedliches Klientel innerhalb dieses emanzipationsfeindlichen Milieus an und wie empirische Erhebungen nahelegen, reicht das Wählerpotential für Faschisten und Protofaschisten in Thüringen locker für zwei Rechtsparteien im Parlament.

Zur Vertiefung über die Ziele, Inhalte und Programme von AfD und NPD und den Umgang der Zivilgesellschaft mit Neonazis hier einige Literaturtipps:

CHRISTOPH RUF & OLAF SUNDERMEYER: *In der NPD – Reisen in die National Befreite Zone*, 2009.  
(Erhältlich über den Buchhandel)

TORALF STAUD: *Moderne Nazis – Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*, 2005.  
(Günstig erhältlich über die Bundeszentrale für politische Bildung)

ANDREAS KEMPER: *Rechte Euro-Rebellion – Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V.*, 2013.  
(Erhältlich über den Buchhandel)

FREERK HUISKEN: *Der demokratische Schoß ist fruchtbar... – Das Elend der Kritik am (Neo-)Faschismus*, 2012.  
(Erhältlich über den Buchhandel)

---

<sup>1</sup>Über Inhalte und Charakter der AfD könnt ihr in der letzten Ausgabe der Alerta Südthüringen nachlesen. Vgl. Alerta Südthüringen #1, S. 8–10.

# NAZIS MOBILISIEREN GEGEN FLÜCHTLINGS- UNTERKUNFT IN SUHL

**A**NFANG JULI 2014 öffnete auf dem Suhler Friedberg eine Außenstelle des Flüchtlingserstaufnahmehagers Eisenberg. Seitdem sind rund 100 Flüchtlinge auf dem Friedberg untergebracht, bis ein Objekt für die weitere Nutzung als Lager in Rudolstadt fertiggestellt ist. Für NPD und BZH Grund genug gegen die Unterkunft auf dem Friedberg und die Flüchtlinge zu hetzen.

*Was bisher geschah...*

**E**S DAUERTE NICHT LANGE, bis Nazis von der Unterbringung der Flüchtlinge auf dem Suhler Friedberg erfuhren. Bei Facebook wurde über die Seite des »Bündnis Zukunft Hildburghausen« (BZH) von einer »Asylantenschwemme« gesprochen und es würden »Moslem-Terroristen« und »ehemalige Piraten« nach Suhl kommen. Neben dem BZH sprang auch die NPD Thüringen mit auf und mobilisierte bereits im Internet mit Slogans wie »Suhl wehrt sich! Asylflut auf dem Friedberg stoppen!«. Ein paar Tage darauf, am 16. Juli, fand eine Mahnwache unter dem Motto: »Asylflut stoppen! Problemimporte verhindern!« statt. Zu dieser Kundgebung mobilisierten NPD und BZH, jedoch wurde die Kundgebung auf dem Friedberg ohne NPD-Beteiligung und nur von Tommy Frenck und dem BZH getragen. Die Antifa Suhl/Zella-Mehlis berichtete bereits ausführlicher über die Kundgebung auf der Portalseite der Antifaschistischen Gruppen Südthüringen ([agst.afaction.info](http://agst.afaction.info)). Um die 20 Nazis, zum Großteil aus Hildburghausen und Schleusingen angereist, trafen sich zu einer Kundgebung hinter Zaungittern und abseits der Unterkunft. Vor der Unterkunft versammelten sich rund 80–100 Menschen, von Antifaschist\_innen bis zu verschiedenen Vertretern der Zivilgesellschaft. Der große Zulauf, wie ihn sich die Nazis aus Städten wie in Greiz oder Schneeberg erhofften, blieb bisher aus. Nach der gescheiterten Kundgebung ohne größere Außenwirkung auf dem Friedberg, kündigten die Nazis um Tommy Frenck wöchentliche Aktionen an einem anderen Ort an. Seit dem 23. Juli fanden immer mittwochs und samstags sogenannte Mahnwachen des BZH in der Suhler Innenstadt statt. Die Teilnehmerzahl schwankt zwischen drei und acht Nazis, die Flyer vertei-

len und/oder dumm in der Gegend herumstehen. Neben den wöchentlichen Mahnwachen in der Innenstadt wird weiterhin über die Facebookseiten des BZH und der Seite von Tommy Frenck gegen die Flüchtlinge gehetzt. Als Ende Juli fünf Flüchtlinge im Suhler Krankenhaus behandelt wurden, begannen Anhänger des BZH die Facebookseite des Suhler SRH Klinikums mit rassistischen Kommentaren zu überziehen. Dabei war die Rede von eingeschleppter Malaria, Hepatitis E, Ebola und anderen Krankheiten, die alle durch die afrikanischen Flüchtlinge nach Deutschland kommen würden und nun eine Gefahr für die Angestellten und Patienten, sowie für die Suhler Bevölkerung darstellen sollten. Zwar hatte das BZH keinerlei Infos, warum sich die fünf Flüchtlinge in Behandlung befanden, jedoch reichte alleine die Tatsache, dass afrikanische Flüchtlinge in einem Krankenhaus behandelt werden, aus, um anzunehmen, dass es sich um Malaria u. ä. handeln müsse. Einige Zeit später gab das Krankenhaus gegenüber der Presse bekannt: »Ihre Krankheiten sind bekannt, nicht ansteckend und gut therapierbar. Es handelt sich bei der vorgenannten Patientenversorgung um einen alltäglichen Vorgang.« In Folge der Gerüchte gab es eine breitere öffentliche Berichterstattung, sowohl lokale als auch überregionale Medien berichteten über den Vorfall.

*Standortschutz und praktische Solidarität mit den Flüchtlingen*

**D**IE ÖFFENTLICHE Auseinandersetzung mit der rassistischen Hetze der Neonazis erfolgte erst, nachdem das Suhler Klinikum betroffen war. Als MDR und Freies Wort darüber berichteten war es für die Lokalpolitiker auf einmal wichtig, sich zu positionieren und zu

betonen, dass Suhl Schaden nehmen könnte und das Image, sowie Arbeitsplätze bedroht seien. Es ist also nicht das Problem, dass Nazis hetzen, um ein Bedrohungsszenario für Flüchtlinge aufzubauen und gleichzeitig ihre Strukturen weiter auszubauen, sondern das Arbeitsplätze oder gar das Image einer Stadt beschädigt werden könnten. Hätte es keinen verbalen Angriff und Gerüchte gegenüber dem Klinikum und ein mediales Interesse gegeben, dann wäre es dem Großteil der Lokalpolitiker wohl auch egal gewesen, ob Nazis vor der Flüchtlingsunterkunft stehen oder nicht. Solange aber Medien auf die Sache aufmerksam werden, werden Vertreter der Stadt und auch der Wirtschaft nicht müde zu betonen, wie wichtig doch die praktische Solidarität mit den Flüchtlingen sei. Plötzlich weiß auch die CDU-Stadtratsfraktion Forderungen aufzustellen, wie z. B.: »Zugang der Flüchtlinge zu einer zentralen medizinischen Versorgung, zu sozialer und juristischer Beratung, zu psychologischen Untersuchungen und zu freiwilligen Deutschkursen.«<sup>1</sup> Alles Dinge, für die in anderen Lagern lange Zeit gekämpft werden muss, wenn das weltoffene Bild einer Stadt nicht gefährdet ist.

Neben den Standortbekenntnissen der Suhler Lokalpolitik und -wirtschaft gibt es auch ernst gemeinte Solidarität mit den Flüchtlingen. So gibt es immer wieder Kleider- und Spielzeugspenden für die dort untergebrachten Erwachsenen und Kinder. Ebenfalls stehen Menschen mit den Bewohner\_innen in Kontakt und tauschen sich aus, auch für den Fall, dass Nazis wieder vor das Lager ziehen wollen.

### *Initiatoren der Aktionen*

**W**IE BEREITS ERWÄHNT, beteiligt sich hauptsächlich das »Bündnis Zukunft Hildburghausen« an den Aktionen in Suhl. Die NPD

unterstützte die Aktionen bisher nur durch einige Hinweise im Internet und durch Transparente und Plakate, die für die Kundgebungen genutzt wurden. Personelle Unterstützung auf Kundgebungen durch die Parteiprominenz oder den in Meinungen hausenden Sven Dietsch blieben bisher aus. Initiator der öffentlichen Aktionen ist Tommy Frenck aus Schleusingen, über den auf der Portalseite der antifaschistischen Gruppen Südthüringen bereits mehrmals ausführlich berichtet wurde. Unterstützung erhält Frenck dabei von einigen Suhler Neonazis. Der aus Suhl stammende Pierre Beuthe beteiligte sich bisher an fast allen öffentlichen Aktionen.

Ebenfalls beteiligte sich an den bisherigen Mahnwachen auch Marcus Russwurm. Dieser ist seit einigen Monaten als Modell für den Naziverstand Ansgar Aryan aktiv (siehe: Alerta Suhl/Zella-Mehlis #1). Russwurm stammt aus der Region Hildesheim und ist seit einigen Jahren in Südthüringen aktiv. Laut der »Antifaschistischen Aktion Dreiländereck« war Russwurm auch maßgeblich an der Organisation eines Solidaritätskonzertes für die »Nationale Bewegung« am 19. April 2014 im französischen Dorf Oltingue beteiligt, bei dem der 125. Geburtstag Hitlers gefeiert wurde. Er sprang nach der Verhaftung des Hauptorganisations im Zuge des Verfahrens gegen die »AN GÖPPINGEN« ein und galt als Verbindung zwischen dem Sponsor »Ansgar Aryan«, den »Autonomen Nationalisten Göppingen« und »Blood & Honour Schweiz«.<sup>2</sup> Seine Kontakte zur »Blood & Honour« Szene in der Schweiz, speziell in Zürich, dürften durch seinen ehemaligen Mitbewohner und bei »B&H« aktiven Neonazi Alexander Gorges gewährleistet sein.<sup>3</sup>

Neben Beuthe, Frenck und Russwurm beteiligte sich auch Sarah Reichardt aus Suhl an den Aktionen und verteilte fleißig Flyer für die Nazis.

<sup>1</sup>[http://www.mdr.de/thueringen/sued-thueringen/suhl\\_fluechtlinge100.html](http://www.mdr.de/thueringen/sued-thueringen/suhl_fluechtlinge100.html)

<sup>2</sup><https://linksunten.indymedia.org/de/node/111279>

<sup>3</sup><https://autonome-antifa.org/?article285>

# ANTISEMITEN ALLER KELLER VEREINIGT EUCH BITTE NICHT!

SEIT MÄRZ macht in deutschen Großstädten eine neue Querfront von sich reden. Mit Aufmärschen jeden Montag will beispielsweise in Erfurt eine bunte Mischung aus Verschwörungsideologen, Unzufriedenen, Reichsbürgern, rechten Wutbürgern, Antisemiten und Naiven an jene Montagsdemos anknüpfen, die das Ende der DDR einläuteten. Diese unheilige Allianz macht auch vor Südhüringen nicht halt. Zwar sind wir hier von Aufmärschen bisher verschont geblieben, trotzdem gab es Beteiligungen und Ambitionen bei der Querfront mitzumachen.

*Was ist die Montagsquerfront?*

IN MEHR ALS 60 STÄDTEN der Bundesrepublik (Tendenz derzeit fallend) fanden und finden sich jeden Montag zwischen fünf und mehreren hundert Demonstranten ein, um vorgeblich gegen einen möglichen Krieg in der Ukraine zu demonstrieren. Dabei waren sich die Demonstranten über die Schuldfrage schnell einig: Für die Auseinandersetzungen auf dem Kiewer Majdan, die Kämpfe in der Ost-Ukraine und überhaupt alle anderen Übel der Welt sind der Westen und hier vor allem Amerika verantwortlich. Die alte Parole von der Schuld der Juden hat sich transformiert in die regelmäßig zu hörende Rede über »die Fed«. Die amerikanische Notenbank hat als Symbolik die »amerikanische Ostküste« abgelöst und ist zur Lieblingschiffre für die vermeintlich durch Juden kontrollierte Finanzwelt geworden. Überhaupt habe sich, so die Montagsdemonstranten, eine exklusive Clique von Mächtigen (Bonzen, Banker, Politiker etc.) gegen die kleinen Leute verschworen und lenkt das Weltgeschehen in ihrem Interesse. Neben dieser pathologischen Verklitterung der Wirklichkeit haben die Demonstranten noch andere Wahnvorstellungen im Gepäck: Ein nicht unerheblicher Teil von ihnen meint, dass den Kondensstreifen von Flugzeugen Chemikalien beigemischt werden, die die politischen Widerstandskräfte der einfachen Bevölkerung brechen. Eine andere Fraktion ist der festen Überzeugung Bürger des 1945 zerschlagenen Deutschen Reiches zu sein. Alles in allem scheint das vermeintliche Engagement für den Frieden nur der Deckmantel zu sein, unter dem eine Allianz aus Antisemiten und Naiven ihre Ohnmacht den gesellschaftlichen Ver-

hältnissen gegenüber kompensiert, indem sie sich mit verhaltener Wut auf den Marktplätzen der Republik über »die da oben« empört.



*Antifaschistischer Protest gegen die Montagsquerfront und den Auftritt Jürgen Elsässers am 26. Mai 2014 in Erfurt*

Die (Ent-)Politisierungsstrategie ist simpel. Unzufriedene und naive Zuhörende bzw. Lesende werden verunsichert, indem zunächst alles, was »die Medien« (dort vorgestellt als homogene, vermutlich zentral gesteuerte Einrichtungen) von sich geben, in Zweifel gezogen wird, jede Tatsache in den Rang einer möglichen Manipulation gesetzt wird. Danach wird ohne Unterlass das Mantra wiederholt, die Leute sollten sich »unabhängig« im Internet informieren. Dort bekommt man über die entsprechenden Facebook-Seiten youtube-Videos von Antisemiten wie Ken Jebsen oder Jürgen Elsässer, die sich als unabhängige Intellektuelle aufspielen und den Leuten dann die »Wahrheit« erzählen. Die Montagsquerfronter gerieren sich als mündige Menschen, die über sich selbst bestimmen wollen und offenbaren

sich dabei als Verblendete, die eben anderen Ratentfängern und ihren Ideologien auf den Leim gegangen sind, ohne es zu merken. Sie sind im wahrsten Sinne des Begriffes an den komplexen gesellschaftlichen Verhältnissen, die sie sich versimpeln wollen, irre geworden oder um es mit John Locke (hier nicht der Philosoph, sondern ein Charakter aus der Serie »Lost«) zu sagen: »Verrückte wissen nicht, dass sie verrückt werden. Die denken, sie sehen endlich klar.« Um nicht missverstanden zu werden: Freilich ist die Unzufriedenheit mit bestimmten Zuständen (Armut, Raubbau an der Natur, materielle Ungleichheit) gerechtfertigt, nicht aber der wahnhaft Reim, den man sich darauf zu machen pflegt bzw. die klassisch antisemitisch aufgelöste Schuldfrage.

#### *Der Prinz von Weitersroda*

**D**IE ANTISEMITISCHE TRIEBFEDER dieser Aufmärsche ist nicht zu übersehen. Wieder sollen die Juden, mal mehr mal weniger offen benannt als Rothschilds, Bilderberger & Co., hinter den Weltkulissen die Strippen ziehen. Wieder übersehen die Beteiligten, dass der Kapitalismus, seine Kriege und Verwerfungen, nicht das Werk personifizierbarer und böswilliger Mächte sind, sondern anonymer Zwänge und Gesetze, denen alle gleichermaßen unterworfen sind. Kein Wunder also, dass überall auch Nazis an diesen Aufmärschen teilnehmen und umso bedauerlicher und vielsagender über den Zustand der deutschen Linken ist es, dass es zahlreichen Linken nicht gelungen ist, in ein kritisches Verhältnis zu diesen Veranstaltungen zu treten. Ein besonders schlechtes Beispiel ist der Ex-Linksruck-Aktivist Florian Kirner, der sich vor einigen Jahren in Weitersroda bei Hildburghausen ein Schloss geleistet hat und dort als »Prinz Chaos II.« residiert. Kirner hatte nicht lange gezögert und nach öffentlich abgelegtem Alibi-Zweifel alle Hemmungen gegenüber den Montagsaufmärschen verloren. Inzwischen singt und redet er dort nicht nur, er ist zu einem der prominentesten Befürworter geworden.

Vor einigen Wochen stellte Kirner sein Schloss in Weitersroda sogar als Lokalität für ein bundesweites Treffen der Organisatoren der Montagsaufmärsche zur Verfügung. Ein Video über dieses Treffen zeigt eine riesige Selbsthilfefeskte, die jeden Zweifel in der Beteuerung erstickt, wie unglaublich wichtig und inspirierend diese Vereinigung doch ist. Politische Aussagen, abgesehen von einer Anbiederei an die alte Friedensbewegung, finden sich kaum. Die Bewegung suhlte sich in der eigenen (eingebildeten) Bedeutsamkeit.

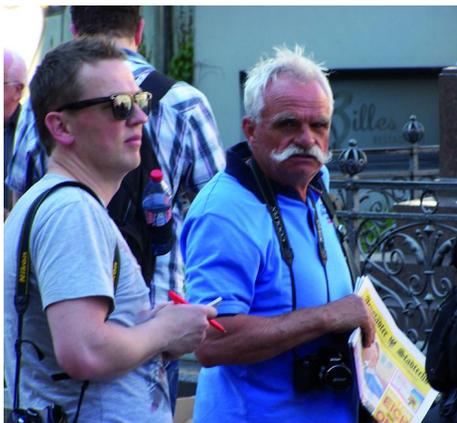
#### *Die Ilmenauer Querfrontler*

**D**ER ERFURTER MONTAGSAUFMARSCH ist neben einem kleineren in Jena der bisher einzige mit dauerhaften Charakter in Thüringen. Als solcher war er von Anfang an Anziehungspunkt für Verschwörungsideologen, Reichsbürger und Verwirrte aus ganz Thüringen. Zu seinen Bestzeiten beteiligten sich bis zu 200 Menschen am Erfurter Montagsaufmarsch. Im Mai kam es dann zu einem Putsch, bei dem die alte liberalere Organisationsgruppe durch eine neue autoritärere ersetzt wurde. Im Zuge dieses Rechtsrucks wurde auch der homophobe Ex-Linke Jürgen Elsässer eingeladen, der früher einmal einer der avanciertesten Kritiker des Antisemitismus war und heute selber ein beim berüchtigten Kopp-Verlag publizierender Antisemit ist. Der antifaschistische Protest gegen den Elsässer-Auftritt war gewissermaßen der letzte größere Höhepunkt der Montagsquerfront. Heute dümpelt der Aufmarsch bei einer Teilnehmerzahl zwischen 10 und 50 Leuten.

Die ganze kurze Geschichte der Montagsquerfront hat auch eine Gruppe Ilmenauer begleitet. Sie umfasst zwischen 5 und 10 Aktiven und setzt sich aus Esoterikern, Verschwörungsideologen und Naiven zusammen, die sich über Facebook vernetzen, gemeinsam nach Erfurt fahren, sich vor Chemtrails fürchten und denen es mit dem Krieg in der Ukraine nicht schnell genug gehen kann. Der avancierteste von ihnen ist ein Mann namens Andreas Wenzel, der regelmäßig den Weg von Ilmenau nach Erfurt antrat und

auch als Redner seinen Wahn zum Besten gab, etwa als er in bester entlastungsantisemitischer Manier und mit fanatischem Gesichtsausdruck einen Völkermord der Israelis an den Palästinensern anprangerte und vor den »riesigen Keulen« warnte mit denen »die Medien« und die politischen Gegner auf die neue Bewegung losgehen.<sup>1</sup> Die Querfrontler aus Ilmenau sind nicht als organisierte Nazis bekannt, sondern wie viele aus der neuen Bewegung nach Jahren der politischen Passivität und des Studiums von esoterischen und verschwörungstheoretischen Büchern und Filmchen aus ihren Kellern gekrochen, um der Welt endlich die »Wahrheit« mitzuteilen.

### Die Arnstädter Querfront



Stefan Buchtzik (links) zusammen mit Rüdiger Schmitt auf dem Aufmarsch der Montagsquerfront am 26. Mai 2014 in Erfurt

ETWAS ANDERS verhält es sich mit einigen Arnstädter Anhängern der Montagsquerfront. Anlässlich des angesprochenen Besuchs von Jürgen Elsässer am 26. Mai gaben sich der Chef der Ilm-Kreis-AFD Rüdiger Schmitt und Stefan Buchtzik, der Herausgeber der völkischen

Monatsblattes »Arnstädter Stadtecho«, die Ehre. Sie beklatschten eifrig die Redner der Montagsquerfront und empörten sich über die Proteste der Gegendemonstranten. Dass Buchtzik diesen Aufmarsch gutheißt, verwundert nicht. Der Stadtecho-Herausgeber bewegt sich seit Jahren in der Braunzone zwischen NS-Verharmlosung, Verschwörungsantisemitismus und regressiver Kapitalismuskritik. In seinem Blatt berichtete er des Öfteren über einen weiteren Arnstädter Teilnehmer der Aufmärsche: Kay Tittlepp organisiert in Arnstadt alle paar Wochen Demonstrationen gegen die neue öffentlich-rechtliche Rundfunkgebühr. Die vereinfachte Weltsicht der Montagsaufmärsche teilen Tittlepp und seine Mitstreiter. Sie wiederholen immer wieder und bis zum Erbrechen das alte Lamento, dass »die da oben« den kleinen Leuten ungefragt in die Taschen greifen.

### Zerfall und Übergang

ZUR ZEIT schwächelt und bröckelt die Montagsbewegung und es sieht danach aus, als würde die Querfront gegen Banken und Bonzen abgelöst durch eine Querfront gegen Israel, die den Kampf des israelischen Militär gegen die islamistische Terrorvereinigung Hamas im Gaza-Streifen zum Anlass nimmt um gerade in Deutschland mal wieder mit der eigenen Vergangenheit abzurechnen. Aus dem Frieden in der Ukraine, um den es vorgeblich, aber nie wirklich, ging, wird dann der Frieden im Nahen Osten, um den es aber auch nicht wirklich geht, weil die palästinensische Hamas keinen Frieden mit Israel schließen wird, bis sie den Staat der Holocaust-überlebenden zerstört hat. Bleibt nur zu hoffen, dass die alten und neuen Friedensgestalten sich im nahenden Winter wieder in ihre Keller zurückziehen werden.

<sup>1</sup>Filmerisch festgehalten ist dieser Moment von den Filmpiraten: <http://www.youtube.com/watch?v=RzK3Fzx4Uo#t=47>

## GEFÄNGNIS BEGEHT »TAG DER OFFENEN TÜR«

**W**AS KLINGEN MAG wie ein makaberer Scherz, hat sich tatsächlich zugetragen. In Arnstadt waren die Türen der neu errichteten Jugendstrafanstalt (JSA) unter dem Motto »Wir schließen auf!« am 28. und 29. Juni geöffnet. Nicht für die Insassen versteht sich, sondern für Besucher\_innen und Schaulustige, die schon immer mal wissen wollten, wie so ein Knast von innen aussieht. Vielen Besucher\_innen dient der Besuch nicht nur der Befriedigung ihrer Neugier, sondern wohl auch der Bestätigung des eigenen Glaubens, den Gefangenen gehe es viel zu gut, nämlich besser als einem selber.

### *Zu den Hintergründen*

**I**M AUGUST 2009 wurde mit dem Bau der neuen JSA am Rande von Arnstadt in Richtung der A9 begonnen. Grund war die geplante Verlegung der bis vor kurzen in Ichtershausen ansässigen JSA und deren Zweiganstalt in Weimar. Seit 1903 waren in Ichtershausen erwachsene Gefangene untergebracht, bis die Justizvollzugsanstalt (JVA) im Jahr 1973 offiziell zur Jugendstrafanstalt erklärt wurde. 1991 wurde sie geschlossen, damit sie in den Jahren 1993 bis 1997 renoviert und umgestaltet werden konnte. Trotz der Renovierung war die JSA in Ichtershausen nach wie vor stark sanierungsbedürftig, sodass der Neubau einer größeren JSA mit nunmehr 340 Haftplätzen für Gefangene im Alter von 14 bis 21 Jahren beschlossen wurde.

Einer der wesentlichen Gründe für den Neubau dürfte im Rahmen des Inkrafttretens der Änderung des Grundgesetzes durch die Föderalismusreform aus dem Jahr 2006 auch die Übertragung der Gesetzgebungszuständigkeit für die Regelung des Strafvollzuges an die Bundesländer sein. Im neu erlassenen Thüringer Justizvollzugsgesetzbuch (THÜRJVOLLZGB) wird nun in § 18 vorgeschrieben, dass Strafgefangene in den Ruhezeiten alleine untergebracht werden müssen. Bereits im 1977 inkraftgetretenen Strafvollzugsgesetz des Bundes war dies in § 18 geregelt, allerdings mit einer Übergangsvorschrift, nach der in Altanstalten auch mehrere Gefangene in einem Raum untergebracht werden können, wenn es die räumlichen Möglichkeiten der Haftanstalt nicht anders zulassen. Daran ändert sich soweit auch durch das THÜRJVOLLZGB nichts, allerdings ist festgelegt, dass ab 2025 eine Unterbringung

von mehr als zwei Personen in einem Haftraum unzulässig ist.

Eine angestrebte Einzelunterbringung war in den Räumen der Ichtershäuser JSA nicht umsetzbar, so wurden die 167 Insassen aus Ichtershausen am 7. Juli dieses Jahres zu deren offizieller Inbetriebnahme in die JSA-Arnstadt verlegt. In 10 m<sup>2</sup> großen Zellen (immerhin 4 m<sup>2</sup> mehr als vom Bundesverfassungsgericht als menschenwürdig angesehen) bieten ihnen nun Einzelunterbringung für die Ruhezeiten einen geringfügigen Schutz vor dem ansonsten totalen Zugriff des Staates und potentiellen tätlichen Übergriffen anderer Häftlinge.

### *Arbeit als willkommene Abwechslung*

**D**EN GROSSTEIL DES TAGES verbringen die Gefangenen sicherlich mit Schule, Ausbildung oder Arbeit. Dazu sind sie gemäß § 37 Abs. 2 THÜRJVOLLZGB verpflichtet, in dem es heißt: »Die Gefangenen sind vorrangig zur Teilnahme an schulischen und beruflichen Orientierungs-, Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen oder speziellen Maßnahmen zur Förderung ihrer schulischen, beruflichen oder persönlichen Entwicklung verpflichtet. Im Übrigen sind die Gefangenen, wenn und soweit sie dazu in der Lage sind, zu Arbeit oder sonstiger Beschäftigung, sonst zu arbeitstherapeutischer Beschäftigung verpflichtet.« Das bezeichnet man unter Bürokraten gerne als Arbeitspflicht, im Grundgesetz (GG) ist etwas unverblümter von Zwangsarbeit die Rede. Dort ist das Recht auf eine freie Wahl des Beruf, des Arbeitsplatzes und Ausbildungsstätte eingeschränkt in Art. 12 Abs. 3 des GG, in dem es heißt: »Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich

angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.« Für ihre Arbeit werden die Häftlinge natürlich entlohnt, und zwar übergangsweise noch nach der Strafvollzugsvergütungsordnung, die festlegt, dass das Entgelt standardmäßig bei neun Prozent des durchschnittlich in Deutschland gezahlten Lohns liegt.



Jugendstrafanstalt in Arnstadt (Bild: sabine-berninger.de)

»Die Stundenlöhne staffeln sich nach der Art der Tätigkeit und reichen von 1,12 Euro (einfache Tätigkeiten) bis 1,87 Euro (Facharbeitertätigkeiten)«, erfährt man aus der Thüringer Allgemeinen.<sup>1</sup> Faktisch werden zum Großteil einfache Tätigkeiten ausgeübt, sodass der Durchschnittslohn wohl nur geringfügig über einem Euro die Stunde liegen dürfte. Aber schließlich, hört man es oft rumoren, müssen die Insassen ja keine Kosten für ihre Unterbringung zahlen, haben ein sicheres Dach über dem Kopf. Es sei denn, man verweigert sich der einem zugewiesenen Arbeit. Dann können einem auch die Kosten für die »Unterbringung« auferlegt werden. Außerdem geht es ja nicht nur ums Geld, weiß man in der TA zu berichten, schließlich »ist Arbeit eine willkommene Abwechslung und kommt nicht nur hinter Gittern gut an.«<sup>2</sup>

### Freizeit(an)gebot

JEMAND, der nicht ganz so zugerichtet ist, wie der Urheber dieses Zitats, jemand der den Arbeitsethos vielleicht auch verinnerlicht hat, dieser

aber in Konflikt steht mit der eigenen Lebensrealität, in der, wer Arbeit hat, diese in der Regel nicht gerne macht, mag einwenden, was man sich selbst stets einzureden versucht, um jeden morgen aus dem Bett zu kriechen, wenn der Wecker klingelt: Es bleibt einem ja immer noch die Freizeit, auf die die eigene Bedürfnisbefriedigung verschoben werden kann. So wird auch in der JSA Wert auf ein möglichst großes »Frei«-zeitangebot gelegt. Keine Berichterstattung, in der nicht mit Staunen hervorgehoben wird, wie viele Sportplätze und andere Möglichkeiten der Freizeitgestaltung es gibt. Schließlich muss man gerade in einer Jugendstrafanstalt mit Blick auf die Resozialisierung auch die Möglichkeit zur geregelten Freizeitgestaltung haben. Oder genauer: man ist gemäß § 38 THÜRJVOLLZGB als Gefangener zur Teilnahme und Mitwirkung an Freizeitangeboten verpflichtet. So darf auch bei eigentlich angenehmen Beschäftigungen dem Gefangenen nie in Vergessenheit geraten, dass er nicht nur räumlich stark eingeschränkt ist, sondern auch nicht darüber verfügt, seine Zeit anhand der begrenzten Möglichkeiten frei zu gestalten.

Hartnäckig hält sich in den warmen Tagen vor der offiziellen Eröffnung das Gerücht, auf dem Gelände der neuen JSA befände sich ein Schwimmbad. Wer an einem der heißen Sommertage keinen Platz am nächstgelegenen und überfüllten Badesee ergattern konnte, konnte sich selbst ein Urteil darüber bilden. Natürlich nicht einfach von außen, denn die 6 Meter hohen Betonwände lassen nicht nur keinen Zweifel daran, dass hier Menschen gegen ihren Willen eingesperrt sind, sondern lassen auch keinen Blick von außen nach innen zu. Aber an zwei Tagen Ende Juni hatte man die Möglichkeit sich von einem Bus aus Arnstadt zum abgelegenen Gefängnis shuttleln zu lassen, um sich von modernen Einrichtungen darin bestätigen zu lassen, dass es den Insassen ja so schlecht nicht gehen kann. Nur ein Schwimmbaden war auf dem Gelände nicht zu finden. Na immerhin.

<sup>1</sup><http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Zu-wenig-Arbeit-hinter-Gittern-In-den-Thueringer-Gefaengnissen-fehlen-geeignete-1228214520>

<sup>2</sup>ebd.

# AKTUELLES VOM VÖLKISCHEN MONATSBLATT AUS ARNSTADT

**D**AS DURCH ANZEIGEN FINANZIERTE Monatsblatt »Arnstädter Stadtecho« hält in seiner Ausgabe für Juli/August wieder eine ganze Reihe von Veranstaltungstipps für uns bereit. Diese sind leider alle schon vorbei, trotzdem eine Betrachtung wert. Hin wollten wir da sowieso nicht.

## *AFD-Wahlkampfveranstaltung in Erfurt*

**W**IE DAS AKTUELLE STADTECHO be- richtet, genauer: Hans-Joachim König, fand am 11. Juli im Erfurter Veranstaltungs- und Kongresszentrum DASDIE der Auftakt der Landtagswahlkampfes der AFD statt. Als Referent zu Gast war der Europaabgeordnete und 2. Bundes- sprecher der AFD, Prof. Dr. Hans-Olaf Henkel. Hier konnte man sogar etwas persönliches von Prof. Dr. Hans-Olaf Henkel erfahren, nämlich warum er, nach eigener Aussage, zum Eurokritiker wurde. Das Ganze gehe zurück auf ein traumatisches Erlebnis, nämlich darauf dass er im Jahre 1943 als dreijähriger sein Elternhaus in Hamburg brennen sah, nachdem dieses von der Britischen Royal Air Force bombardiert wurde. Wer näheres zur sogenannten Operation Gomorra nachlesen will, kann dies bei Wikipedia tun, oder einfach im aktuellen Stadtecho. Dort steht der Passus dazu nämlich in fast identischer Weise. Natürlich ohne Nennung der Quelle. Zuzugeben bei Wikipedia zu zitieren ist nämlich unwissenschaftlich und äußerst unseriös. Und das in einem Artikel über einen Vertreter der AFD, wie es der Autor des Textes auch ist, der sich damit brüstet, dass das Bildungsniveau in der Partei höher sei, als im Bevölkerungsdurchschnitt. Das geht nicht! Dann lässt man die Quelle doch besser weg. Oder war es vielleicht anders herum und Wikipedia hat im Stadtecho geklaut? Man sollte vielleicht zur Klärung der Frage das Buch aus dem rechtseoterischen Kopp-Verlag heranziehen, welches in selbiger Ausgabe des Stadtecho empfohlen wird: Die Akte Wikipedia. »Der Journalist und Buchautor Michael Brückner enthüllt, wie Wikipedia wirklich arbeitet, wie sich diese amerikanische Stiftung finanziert und welche einflussreichen US-Konzerne diese ange-

liche Online-Enzyklopädie unterstützen... Nur wer weiß, wie die Propaganda- und PR-Maschine Wikipedia funktioniert, ist gegen diese Manipulation weitgehend immun«, heißt es da. Hier ist sicherlich wieder eine Verschwörung im Gange. So legt es auch der unter dem Artikel zur AFD zitierte Ausspruch von T. Roosevelt nahe, indem von einer unsichtbaren Regierung hinter der sichtbaren die Rede ist, welche es zu vernichten gilt.

Vielmehr ist dem Artikel auch nicht zu entnehmen. Aber hier geht es ja weniger um eine Darstellung der Inhalte der AFD als vornehmlich um eine Werbung für diese. Die darf nämlich in keiner Ausgabe fehlen, schließlich ist Stadtecho-Gründer Hans-Joachim König selber Mitglieder dieser und ist als verantwortlicher für Pressearbeit im Vorstand des Kreisverbandes Ilmkreis-Gotha der AFD.

Aber zurück zu den wichtigen Veranstaltungen in und um Arnstadt.

## *Umdeutung der Geschichte*

**D**ER ALTVATERTURM bei Lehesten feiert dieses Jahr sein 10. Jubiläum. Der Altvaterturm ist ein Turm, der sich seit 2004 auf Anhöhe des Wetzsteins befindet. Dieser Turm wurde ursprünglich bei Mähren auf dem Altvater errichtet. Im Jahre 1959 wurde das Bauwerk allerdings von der tschechischen Regierung abgerissen und schließlich »[i]n Erinnerung an die verlorene Sudetendeutsche Heimat und als Mahnmal gegen den Krieg und Vertreibung [...] 2004 auf dem Wetzstein bei Lehesten durch das Engagement des Altvaterturmvereins« neu errichtet, wie es dem Stadtecho zu entnehmen ist. Am 02. und 03. August werden dort Feierlichkeiten zum 10-jährigen Bestehen durchgeführt,

zu denen der Bund der Vertriebenen (BdV) in Arnstadt einen Bus zur gemeinsamen Anreise organisiert hat. Plätze waren wohl noch frei, aber leider ist der Termin zum Erscheinen der Ausgabe bereits verstrichen. Wer aber trotzdem eine Umdeutung der Geschichte betreiben will, um dadurch eine Täter-Opfer-Umkehr zu vollziehen und Gebietsansprüche aufrechtzuerhalten, kann dies fortan auch auf dem Platz der Versöhnung in Arnstadt vor der Geschwister-Scholl-Schule tun. Dieser wurde nämlich nun auch offiziell als solcher benannt und soll dazu dienen, den Lebensleistungen der Vertriebenen zu gedenken. Nur eine Umgestaltung des Platzes fand bisher nicht statt. Bislang befindet sich nur ein kleines Schild am Eingang des parkähnlichen Platzes, das auf die vollzogene Umbenennung hinweist. Die fehlende Umgestaltung stößt nicht gerade auf Begeisterung in der Stadtecho-Redaktion. So meint König, das Anliegen der Umbenennung sei nach außen hin nicht ersichtlich. »Wer soll sich hier mit wem versöhnen...?«, fragt er. Eine Frage, die wir bereits in der letzten Ausgabe der Alerta beantwortet haben: Die Versöhnung aber, die hier gefordert wird, kann nur diejenige der Täter mit ihrer eigenen Vergangenheit, mit ihrem Anteil am Mord, der Vernichtung von Millionen von Menschen und der Verwüstung Europas sein.

### *Die Atombombe im Jonastal*

**E**INEN ÄHNLICH LAXEN UMGANG mit der Geschichte wie der BdV pflegt auch Thomas Mehner, ein Autor und Pulpizist, welcher für den auch in der Stadtecho-Redaktion allseits beliebten Kopp-Verlag schreibt. Seine Publikationen beschäftigen sich fast ausschließlich mit dem sogenannten Jonastalrätsel, wonach Hitler im Jonastal eine Atombombe hätte bauen lassen, die kurz vor Kriegsende einsatzfähig gewesen sei. Dass der die Leser\_in sich ertappt fühlen könnte, davon nichts gewusst zu haben, liegt vermutlich daran, dass die USA das natürlich vertuscht haben (oder es versucht haben – irgendwie ist es ja doch ans Licht gekommen). So zumindest die Ansicht Mehners. Auf Grund

seiner vermeintlichen Expertise wurde dieser vom Arnstädter Stadtgespräch, einer vom Stadtecho organisierten Veranstaltung, eingeladen um zu dem Thema »Das Jonastal: 70 Jahre Geheimhaltung – und kein Ende« zu referieren. Statt fand der Vortrag am 31. Juli im Thüringer Kloßhotel »Goldene Henne«. Auch das ist also leider ein Termin, der bereits verstrichen ist. Aber hier die gute Nachricht: Wegen der hohen Nachfrage an den Karten wurde ein Zusatztermin angesetzt für den 04. September diesen Jahres, natürlich wieder im Thüringer Kloßhotel. Vielleicht schauen wir dann doch mal vorbei.

Anzeige

**Mitglied werden & unterstützen!**



**VVN-BdA**  
**Thüringen**

<http://thueringen.vvn-bda.de>

### *Lüsterne Vaterlandsfreunde*

**E**IN WEITERER TERMIN, der zum Glück endlich verstrichen ist, ist die Fußballweltmeisterschaft. Das ist nicht etwa ein Grund zur Freude, weil die Alerta-Redaktion einhellig der Meinung wäre, dass Fußball blöd ist, sondern weil das Deutschlandgehepe einfach wieder unerträglich war. Das Stadtecho hat den Erfolg der

deutschen Fußball-Herren zum Anlass genommen das Layout in schwarz-rot-gelb zu halten und auch thematisch wird die WM nochmal aufgegriffen. Hans-Joachim König referiert im Stile eines lüsternen alten Mannes über die Kritik einer jungen Arnstädter Sozialdemokratin am Fußballpatriotismus. Zunächst bemerkt er aber die Qualitäten der Politikerin, wenn er schreibt: »[...] die junge Frau (28) verkörpert durchaus angenehme Eigenschaften. Schlank, blond, gutaussehend.« So sieht der Blick eines verbal übergriffigen, alten Mannes auf eine junge Politikerin aus und es spricht Bände über das Frauenbild, das im Stadtecho vorherrscht. Problematisch findet König, dass sich die Sozialdemokratin nicht samt und sonders fürs heilige deutsche Vaterland hergibt, Patriotismus problematisch findet. Dafür greift König in die journalistische Trickkiste. Er spricht nicht selbst, sondern lässt alte sozialdemokratische Patriarchen wie Kurt Schumacher und Friedrich Ebert von den Segnungen des Vaterlandes, dem Ende der Schuld und vom deutschen Nationalstolz schwärmen und solche gibt es bekanntlich genug. Die junge Sozialdemokratin soll gewissermaßen aufhören selbst zu denken und die toten alten Herren ihres Vereins befragen. Bebildert ist diese Zumutung von einem Text mit einem alten Wahlplakat der SPD, das im Hintergrund Großdeutschland (inklusive der ehemaligen Ostgebiete) zeigt und den Slogan »Vorwärts SPD für ein freies Deutschland«. Ginge es nach König sähen so vermutlich bald die Wahlplakate seiner AfD aus.



*Jonathan Frakes informiert über das Unfassbare*

# LITERATURTIPP: »DAS ISRAELPSEUDOS DER PSEUDOLINKEN« VON MICHAEL LANDMANN



In den Jahren 1969 und 1970 wurden die Bundesrepublik Deutschland und Westberlin von einer beispiellosen antizionistischen Krawall- und Terrorwelle überrollt. Die Täter kamen aus dem Umfeld der Neuen Linken, die ihren zurückhaltenden Proisraelismus nach dem Sechstagekrieg gegen einen vehementen Antizionismus eingetauscht hatte. Vor diesem Hintergrund erschien mit Michael Landmanns Buch »Das Israelpseudos der Pseudolinken« eine der ersten kritischen Auseinandersetzungen mit der Israelfeindschaft der Neuen Linken. Es hat bis heute – und gerade angesichts der neuen antizionistischen Protestwelle in der BRD – nichts von seiner Aktualität verloren.

ca ira Verlag

Freiburg, Oktober 2014

Neuaufgabe mit einem Vorwort von Henryk M. Broder und einem Nachwort von Jan Gerber und Anja Worm

148 Seiten, 13,50 €, ISBN: 978-3-86259-119-0  
solidarischer Bezug über [www.ca-ira.net](http://www.ca-ira.net)

## TERMINE ZUM VORMERKEN

*07./08. November 2014 – Erfurt – Antifaschistischer/Antirassistischer Ratschlag*

Seit 1990 findet in Thüringen jährlich der antifaschistische und antirassistische Ratschlag statt. Primäres Ziel war und ist es, den Kampf gegen faschistische Tendenzen voranzutreiben, die Aktiven zu vernetzen und Positionen sowie Strategien im Bereich des Antifaschismus und Antirassismus zu diskutieren. Der Ratschlag findet wie jedes Jahr um den 9. November herum statt, um an den Jahrestag der Reichspogromnacht 1938 zu erinnern, als die Deutschen landesweit Synagogen und andere jüdische Einrichtungen niederbrannten und Jagd auf Jüdinnen und Juden machten. Nachdem der Ratschlag 2013 in Suhl ausgerichtet wurde, findet der Ratschlag 2014 in Erfurt statt.

Infos: [www.ratschlag-thueringen.de](http://www.ratschlag-thueringen.de)

*16. November 2014 – Friedrichroda – Gegen Volkstrauertag und Naziaufmarsch*

Zum 12. Mal in Folge soll anlässlich des Volkstrauertages in Friedrichroda ein Nazifackelmarsch stattfinden, um die deutschen Vernichtungstruppen des Dritten Reiches zu verherrlichen. Die Nazis nutzen den Tag, der wie kein anderer im Zeichen des Vergessens und der Verharmlosung der deutschen Geschichte steht. Gegen die deutsche Gedenkpolitik, die mit den Nazis die Sorge um die Zukunft des Vaterlandes teilt, und den ritualisierten Aufmarsch in Friedrichroda gilt es antifaschistischen Widerstand zu organisieren.

Infos: [www.volkstrauertag-abschaffen.tk](http://www.volkstrauertag-abschaffen.tk)

